

AK OBERÖSTERREICH

WISO

Nr. 1|2/24
Juni 2024
47. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt: Demokratie unter Druck

Tamara Ehs, Martina Zandonella: Ungleichheit und politische Teilhabe • *Christine Unterrainer, Severin Hornung, Thomas Höge, Wolfgang G. Weber:* Arbeitswelt und Demokratie • *Tobias Doppelbauer, Dirk Lange:* Inklusive Bürgerschaft als Chance für die Demokratie • *Birgit Sauer:* Gender und die autoritäre Rechte • *Andreas Peham:* Rechtsextremismus und Jugend

WISO Praxisforum

Wolfgang Gerstmayr, Helmut Ruß: Union Busting als alltägliche Normalität • *Michael Hinterberger, Karin Mach:* Langbein-Symposium: Politische Bildung nach Auschwitz

AK Wissenschaftspreis 2023 – Teil 1

Ruth Fartacek: Just Transition am Mietwohnungsmarkt • *Iryna Sauca:* Strategische öffentliche Beschaffung

Inclusive Citizenship als Chance zur Demokratiebildung von Gesellschaft und Wirtschaft

1. Herrschende Ordnungen kritisch hinterfragen: Wer ist (nicht) dabei?	58
2. Exklusion, Status, Praxis: Was bedeutet Inclusive Citizenship Education?	59
3. Unterschiedliche Verständnisse von Demokratie: Was ist demokratisch?	63
4. Inclusive Citizenship als Demokratiebildung: Wie Demokratie lernen, verstehen und leben?	66
5. Demokratie und Wirtschaft: Was bedeutet Inclusive Citizenship in der Arbeitswelt?	67
6. Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft: Welche Chancen für eine Inclusive Citizenship Education?	69

**Tobias Doppelbauer,
Dirk Lange**

Tobias Doppelbauer ist Universitätsassistent am Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung der Universität Wien. Er beschäftigt sich mit Fragen der transformativen politischen Bildung, sozial-ökologischer Wirtschaft und solidarischer Landwirtschaft. Kontakt für Rückfragen, Anmerkungen, Kritik: tobias.doppelbauer@univie.ac.at.

Dirk Lange ist Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien und Leiter des Demokratiezentrams Wien. Er lehrt zugleich an der Leibniz Universität Hannover. Neben dem Ansatz der Inclusive Citizenship liegen seine Arbeitsschwerpunkte in der subjektorientierten politischen Bildung sowie in Fragen zum Demokratie- und Bürger:innenbewusstsein. Kontakt für Rückfragen, Anmerkungen, Kritik: dirk.lange@univie.ac.at.

1. Herrschende Ordnungen kritisch hinterfragen: Wer ist (nicht) dabei?

*Das Konzept „Inclusive Citizenship“
im Kontext von
Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeit
denken*

Das Konzept der Inclusive Citizenship Education wurde in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und liefert vielfältige Ansätze, um die politische wie auch demokratische Bildung entlang der Frage nach politischer Selbstbildung in und durch politische Aktion neu zu vermessen (Kleinschmidt & Lange 2017, 2021, 2022). Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht es, bestehende Ordnungen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgehend von ihren Ausschlussmechanismen kritisch zu hinterfragen und nach Bildungsprozessen zu fragen, die auf Inklusivität ausgerichtet sind. Wenngleich das Theorem der Postdemokratie (Crouch 2008, 2013, 2015) vielfach hinterfragt und widerlegt worden ist, so ist die Diagnose der Erosion „klassischer“ politischer und insbesondere repräsentativ-demokratischer Institutionen (Brown 2015) immer noch hochaktuell. Insbesondere in Zeiten von Migrationsgesellschaften und einer sich stark öffnenden Schere zwischen Arm und Reich muss politische und demokratische Bildung nach Ein- und Ausschlüssen im Politischen fragen: Wer ist zugehörig und wer nicht? Wer hat den Zeitwohlstand zur Partizipation und wer nicht? Wer hat einen Staatsbürgerschaftsnachweis – wenn ja, welchen – und wer nicht? Wer darf im Betrieb mitbestimmen und wer nicht? Diese Fragen, die im Alltag der politischen Subjekte verortet sind, gilt es zu stellen, um Demokratiebildung im Sinne einer Inclusive Citizenship Education orientiert an der Lebenswelt der Lernenden zu gestalten. In unserem Beitrag möchten wir das Konzept der Inclusive Citizenship näher vorstellen, seine Bezüge zu Wirtschaft und Arbeit aufzeigen und über mögliche Chancen und Potenziale für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft entlang dieses Ansatzes reflektieren.

*Demokratisches
Bewusstsein lernen,
erfahren und
praktisch erproben*

Hierfür möchten wir zunächst die Bedeutung des Konzepts Inclusive Citizenship Education erörtern (Kapitel 2). Vor allem die Klärung der zugrunde liegenden Begrifflichkeiten „Inclusive“, „Citizenship“ und „Education“ je für sich bietet dabei einen ersten Ansatz, das Konzept in seiner Gesamtheit zu verstehen. Diese Erörterungen bilden die Grundlage unserer darauf aufbauenden Analyse des Beitrags der Inclusive Citizenship Education für eine emanzipatorische Demokratiebildung in und von Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Analyse beginnt mit einer Aufarbeitung unterschiedlicher Demokratieverständnisse (Kapitel 3), um explizit zu machen, auf welchen Ebenen und wie eine Inclusive Citizenship Education demokratisch eingreifen

könnte. Sodann erörtern wir kurz, wie aus Sicht der Inclusive Citizenship Education ein demokratisches Bewusstsein konkret gelernt, erfahren und praktisch erprobt werden kann (Kapitel 4). Darauf aufbauend möchten wir – dem Kontext dieser Zeitschrift entsprechend, jedoch wiederum aus der Perspektive der Inclusive Citizenship Education – auf die Zusammenhänge von Demokratie und Wirtschaft eingehen. Dabei beleuchten wir in diesem bislang untertheoretisierten Feld die vielfältigen Zusammenhänge von politischer Ökonomie und politischer Bildung in Theorie und Praxis (Kapitel 5). Im Spiegel unserer Erkenntnisse beleuchten wir abschließend die Potenziale und Chancen einer Inclusive Citizenship Education zur Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft (Kapitel 6).

2. Exklusion, Status, Praxis:

Was bedeutet Inclusive Citizenship Education?

Wie bereits aus dem Namen des Konzepts Inclusive Citizenship Education hervorgeht, ist das Gesamtkonzept aus mehreren Begrifflichkeiten zusammengesetzt. Die nachfolgenden Ausführungen erklären aufbauend auf den Überlegungen von Kleinschmidt und Lange (2017, 2021, 2022) zunächst Schritt für Schritt, was mit 1) Inclusive, mit 2) Citizenship und mit 3) Education gemeint ist.

1) Inclusive bzw. der Begriff der Inklusion erfuhr in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten eine Vielzahl an teilweise inflationären Verwendungen in unterschiedlichsten Kontexten, wie beispielsweise im Kontext von Behinderung, Armut und Migration. Für unser Konzept der Inclusive Citizenship Education wollen wir einen breiten Zugang des Begriffs Inklusion wahren und ihn darüber hinaus jedoch folgendermaßen spezifisch bestimmen:

Wir rücken einen kritischen Ansatz und eine kritische Perspektive auf den Begriff und das Thema Inklusion in den Fokus, welche Inklusion immerzu in ihrem prozesshaften und sich gegenseitig bedingenden Verhältnis zur Exklusion begreifen. Eine solche Perspektive sieht deshalb auch gesellschaftliche Probleme nicht als Probleme, welche von jenen Personen oder Gruppen ausgehen, die exkludiert – also ausgeschlossen – werden. Sondern als Probleme, die dadurch entstehen, dass eine Gesellschaft nicht inklusiv genug ist bzw. vielmehr noch Prozesse der Ausgrenzung geschaffen und aufrechterhalten werden. Als kurzes Beispiel mag aus kritischer

Inklusion prozesshaft im Verhältnis zur Exklusion begreifen

Inclusive Citizenship heißt, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu hinterfragen

Perspektive folgendes Beispiel einleuchten: Nicht jene ohnehin ausgeschlossenen Menschen, die als Geflüchtete kommen, sind verantwortlich für die vielfältigen Probleme einer Migrationsgesellschaft, sondern vielmehr die fehlende Inklusion der Ausgeschlossenen, d. h. der langfristige und aktive Ausschluss von Rechten, Teilhabe, Ressourcen usw. Zentral für eine Inclusive Citizenship Education und die Vielfalt einer Demokratie ist es deshalb, immerzu kritisch zu hinterfragen, wo und wann Ausschlussmechanismen wie etwa Klassismus, Rassismus und Sexismus zur vermeintlichen „Normalität“ erhoben oder als naturgegeben postuliert werden. In einer Inclusive Citizenship Education sind jene Machtverhältnisse, Prozesse und Strukturen in den Blick zu nehmen, die Ausschlüsse und Nichtzugehörigkeit herstellen und aufrechterhalten, und im Gegensatz dazu Ansätze der Zugehörigkeit und Solidarität stark zu machen.

Citizenship Education wäre als Staatsbürgerkunde falsch übersetzt. Aber auch die deutsche Bezeichnung Politische Bildung bleibt unscharf, insbesondere in Hinblick auf das Citizenship-Konzept. Der Begriff Citizenship hat im Englischen unterschiedliche Konnotationen und ist in seiner deutschen Übersetzung zunächst in einem umfassenden Sinne als Praxis von Bürger:innenschaft zu verstehen.

Aufarbeitung der Erzählung des „normalen Bürgers“

In seiner unkritischen und klassischen Übersetzung und Bedeutung wird der Begriff Citizenship als die formal rechtliche und teilweise auch informell und soziokulturell bzw. politisch aufgeladene Statuszuschreibung einer Staatsbürger:innenschaft verstanden. Mit dieser Statuszuschreibung – oftmals materialisiert als Identitätsausweis – ist zumeist eine Vielzahl an Privilegien, Rechten und Pflichten zur Teilhabe an einem Nationalstaat verknüpft. Gleichermaßen bedeutet eine solche Unterteilung in Staatsbürger:innen und Nichtstaatsbürger:innen, also in Menschen mit und ohne (Identitäts-)Ausweis, jedoch auch massive Ausschlüsse von Rechten, Ressourcen und Teilhabe. Aus einer kritischen Perspektive und vom Standpunkt der Inclusive Citizenship Education ist ein solches Verständnis von Staatsbürger:innenschaft und Citizenship deshalb höchst problematisch. Schließlich ist es reiner Zufall, an welchem Ort der Welt ein Mensch geboren wird, und der Zugang zu Rechten, politischer Teilhabe und einem guten Leben (O'Neill et al. 2018) sollte für alle Neugeborenen und auch erwachsene Menschen gleichermaßen bestehen. Wiederum kritisch beleuchtet werden in der Inclusive Citizenship Education deshalb die Statuszuschreibung, die Erzählung

und die Idee eines „normalen Bürgers“, da gerade dies die Grundlage für den Ausschluss und die verdeckte Diskriminierung „nicht normaler“ Bürger:innen liefert.

2) Citizenship (Isin 2009, 2021) verstehen wir deshalb als eine Praxis von Bürger:innenschaft, die vor allem (demokratische) Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstorganisation von unten in den Mittelpunkt der Zugehörigkeit zu einer politischen Gesellschaft stellt. Wer zu einer Gesellschaft und Demokratie gehört und wer warum nicht oder nur bedingt dazugehört, was genau gesellschaftlich und politisch geteilt werden soll und wie intensiv die Teilhabe sein muss, all das wird dadurch zu einer Frage des (demokratischen) Ausverhandelns von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Wer oder was zu einem Nationalstaat und darüber hinaus gehört, wird als Prozess politischer Ausverhandlungen und Kämpfe verstanden und nicht als etwas Natur- oder Gottgegebenes. Citizenship bedeutet dann nicht nur das Recht, Rechte zu haben (Arendt 2003), sondern vor allem auch den Prozess und die Kämpfe, in denen es darum geht, wer Rechte bekommt und wer nicht – wer also eingeschlossen und wer ausgeschlossen wird.

*Selbstorganisation
von unten, Mit-
bestimmung und
demokratische
Teilhabe*

In einem extremen Beispiel zeigt dies etwa in historischer Perspektive die Praxis der Bürger:innenschaft von Olympe de Gouges. Sie wurde für ihren Kampf dafür, dass Frauen in die Menschenrechte eingeschlossen werden, geköpft. Klar wird dadurch, dass Citizenship nicht (nur) eine Statuszuschreibung ist, sondern vor allem (auch) ein Handeln, ein sogenannter „Act of Citizenship“ (Isin & Nielsen 2008), in dem in einem Bruch mit der bestehenden Ordnung Rechte eingefordert und beansprucht werden. Damit bekommt Citizenship zwei zusätzliche Bedeutungsdimensionen. Erstens eine performative Dimension, d. h. Bürger:innenschaft und politische Subjektivität müssen als etwas begriffen werden, das erst durch Handlungen zustande kommt bzw. das sich erst in einer Praxis konstituiert. Zweitens eine politische Dimension, im Sinne des Anspruchs, (vor) herrschende Ordnungen, Praxen und Verhältnisse zu hinterfragen und im Extremfall mit ihnen zu brechen, um eine demokratischere Ordnung der Zugehörigkeit zu beeinspruchen. Dieses praktische, radikal demokratische und emanzipative Verständnis von Citizenship liegt dem Konzept von Inclusive Citizenship Education zugrunde. Denn gerade eine bürger:innenschaftliche Praxis von unten, welche die

bestehende Ordnung stets infrage stellt, kann Inklusion und Demokratie erkämpfen, erschaffen und aufrechterhalten.

*Stärkung von
offenen, Zugehörig-
keit herstellenden
Praxen und Ideen*

3) Aufbauend auf diesem Verständnis von Inklusion und Citizenship verstehen wir den Begriff der Bildung in dem Konzept der Inclusive Citizenship Education folgendermaßen: Bildung muss dort ansetzen, wo Strategien zur Verwirklichung von Inklusion bzw. zur Aufrechterhaltung von Exklusion beginnen. Noch im Vorfeld der etablierten Politik und ihrer Institutionen geht es darum, das Politische (Marchart 2010) aufzusuchen; das sind die konflikthaften Ausverhandlungsprozesse und Interessenskonflikte, die jede soziale und politische Ordnung bestimmen, die jeder Politik zugrunde liegen und ihr zumeist vorausgehen. Es geht darum, im konkreten Alltag der Menschen, in den subjektiven Vorstellungen und im demokratischen Bewusstsein der Menschen (Lange 2008; Doppelbauer & Lange 2021) nach Praxen, Mechanismen und Strukturen von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu fragen und diese, auch praktisch, zu bearbeiten. Denn gerade in politischen Konflikten, welche die vorherrschende Ordnung infrage stellen, finden machtkritische (Selbst-)Bildungsprozesse statt und erfahren sich Menschen als politische Subjekte. Insbesondere Ausgrenzungen und Ausschlüsse sind deshalb kritisch auf ihre normalisierende Funktion zu hinterfragen und zu dekonstruieren, offene und Zugehörigkeit herstellende Ideen und Praxen hingegen sollen erprobt und gestärkt werden.

In einem Zusammenspiel dieser Begrifflichkeiten lässt sich das Konzept der Inclusive Citizenship Education daher als Anspruch verstehen, Bildungsprozesse von und für von Ausschluss Betroffene zu gestalten. Dadurch werden herrschende Ordnungen und Politik hinterfragt und kritische Teilhabe ermöglicht. Denn gerade jene Menschen und Minderheiten, die Ausschlüsse konkret erfahren, können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die vermeintliche Mehrheit auf ihre ausschließenden Mechanismen aufmerksam zu machen und darin zu bilden, eine andere, inklusive Praxis zu entwickeln. Letztlich geht es in der Inclusive Citizenship Education also vor allem auch darum, vorherrschende Machtverhältnisse zu hinterfragen und diese durch und mit Bildung zugunsten der jeweils exkludierten Gruppen und Menschen zu verschieben.

3. Unterschiedliche Verständnisse von Demokratie: Was ist demokratisch?

Aufbauend auf diesem Vorverständnis wollen wir nun weiter ausführen, welchen Beitrag die Inclusive Citizenship Education zu einer emanzipatorischen Bildung für ein kritisches Selbstverständnis von demokratischer Gesellschaft und Wirtschaft leisten kann. Hierfür ist unserer Meinung nach als nächster Schritt wichtig zu klären, was mit dem umkämpften Begriff (Brown 2012; Buchstein 2016) der Demokratie gemeint ist und worauf wir uns beziehen, wenn wir von Demokratie(bildung) schreiben – auch um diesen vor rechten Vereinnahmungen zu schützen. Im Folgenden werden wir unser Verständnis von Demokratie näher erörtern, wobei wir unter anderem auf unsere Ausführungen in der Studie „Demokratie im Alltag“ Bezug nehmen (Doppelbauer & Lange 2021).

Es ist zu klären, was mit dem umkämpften Begriff der Demokratie gemeint ist

Das stetige Umkämpft-Sein von Demokratie (Buchstein 2011, 2016) bedeutet, dass „Demokratie“ niemals nur eine neutrale, wert- und setzungsfreie Beschreibung sein kann, sondern immer auch eine normativ-wertende und somit performativ-wirkende Seite aufweist. Demokratie, zusammengesetzt aus dem griechischen *demos* (Volk, Bevölkerung) und *kratein* (Herrschaft, Gewalt), bezeichnete in der Antike primär eine politische Ordnung. Obgleich das antike „Vorbild“ – die athenische Demokratie – in seiner Idee darin bestand, dass „vermeintlich“ alle Subjekte einer politischen Gesellschaft an der Ausübung direkter Souveränität beteiligt sind (Buchstein 2016: 3–5), ist aus heutiger Sicht und der Perspektive der Inclusive Citizenship Education klar, dass dies nicht der Fall war. Vielmehr wurden Frauen, Minderheiten, „Fremde“ und schlechter gestellte Personen aufgrund der fehlenden Statuszuschreibung einer politischen Citizenship von der Teilhabe an der athenischen Demokratie ausgeschlossen.

Zentral für ein kritisches und pluralistisches Verständnis von Demokratie ist es deshalb, nach dem Geltungsbereich und damit oft verbunden nach der Partizipationsintensität von Demokratie zu fragen und zu differenzieren (Buchstein 2016: 30–31). Diese zwei Dimensionen sind auch in der Inclusive Citizenship Education ein wichtiger Schlüsselpunkt, denn schließlich geht es um Fragen wie: Welcher Bereich der Gesellschaft gilt als Teil der Demokratie? Und: Wer darf überhaupt am demokratischen Prozess teilhaben?

Frage nach dem Geltungsbereich und der Partizipationsintensität von Demokratie

Mit Gerhard Himmelmanns Unterscheidung von Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform (2001, 2004, 2007) werden der Geltungsbereich und die Partizipationsintensität von Demokratie(vorstellungen) verständlich und systematisch aufbereitet. Diese Unterscheidung zeigt auf, dass der Begriff von politischer Demokratie im Alltag zumeist auf Demokratie im Sinne einer Herrschaftsform abzielt (Himmelmann 2004: 7). Dies wiederum bedeutet, dass Demokratie in einem engen Sinne auf die „hohe Politik“ (Himmelmann 2004: 8) und den institutionellen Bereich des Staates – in liberalen Demokratien als Inhaber der Herrschaft gedacht – gefasst wird. Demokratie wird in diesem liberalen Denken vor allem als Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten bzw. liberalen Abwehr- und Freiheitsrechten, Rechtsstaatlichkeit, Volkssouveränität, Gewaltenteilung bzw. Machtkontrolle, Parlamentarismus, Parteienwettbewerb, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz gedacht (Himmelmann 2004: 7). Die Gegensätzlichkeit und nicht die Komplementarität von direkter und repräsentativer Demokratie wird betont, und somit die Teilhabe auf die Stimmabgabe bei repräsentativen Wahlen, oder „direkter“ bei Volksbefragungen, reduziert.

Inclusive Citizenship rückt Demokratie als Lebensform in den Mittelpunkt

In einer Inclusive Citizenship Education rücken jedoch die Konzepte von Demokratie als Gesellschaftsform und von Demokratie als Lebensform in den Mittelpunkt. Sie zeigen auf, dass Demokratie mehr als nur eine Herrschaftsform sein kann und sein soll. Demokratie verstanden als Gesellschaftsform umfasst (zusätzlich) die Vorstellung, dass Demokratie unter anderem auch gesellschaftlichen Pluralismus, freie und vielfältige Medien, eine sozial-ökologisch faire Wirtschaftsweise, Vereine und eine Zivil- bzw. Bürger:innengesellschaft umfasst. Darin zeigt sich zugleich, dass Partizipation auch über Wahlen hinaus als Selbstorganisation und bürgerschaftliche Praxis von unten vorgestellt und betrachtet werden muss.

Im Geltungsbereich und in der Partizipationsintensität nochmals erweitert, kann und soll Demokratie mit Rückgriff auf John Dewey (1916/1993) jedoch auch als *Lebensform* vorgestellt werden (Himmelmann 2004: 9–11). In diesem sozialistisch-republikanischen bzw. sozialistisch-kommunitaristischen Verständnis umfasst Demokratie sämtliche Lebensbereiche und wird als soziale Idee im Alltagsverständnis wie auch als konkret-praktische Handlungs- und Umgangsform verstanden. Demokratie und Partizipation bestehen dann auch aus

inkludierender Solidarität mit Mitmenschen, solidarischer Selbstorganisation, Fairness und Akzeptanz verschiedener Lebensformen. Auch das Private wird damit als politisch angesehen und eine Trennung zwischen Öffentlichkeit (Staat) und Privatheit (Eigentum/-heim) wie in liberalen Vorstellungen wird aufgehoben. Mit Himmelmanns (2004) Unterscheidung zeigt sich somit das breite Spektrum der Demokratieverständnisse – gerade auch in Hinblick auf Geltungsbereich und Teilhabe.

Über diese Perspektiven hinaus möchten wir mit dem kritischen Blick der Inclusive Citizenship Education auch auf unterschiedliche Vorstellungen von Machtverhältnissen in Demokratieverständnissen eingehen. Denn die oben erwähnten, unterschiedlichen Ideen von Geltungsbereich und Teilhabe in der Demokratie können maßgeblich Gleichheit und insbesondere Ungleichheit hervorbringen. Wird Demokratie etwa als Gesellschafts- und Lebensform begriffen, wird auch der Betrieb als Raum sichtbar, der demokratisch mitzubestimmen und zu organisieren ist. Wird Teilhabe jedoch auf das Abgeben einer Stimme bei Wahlen der „hohen Politik“ reduziert, so wäre eine undemokratische und somit ungleiche Organisationsform in einem Betrieb kein gesellschaftspolitisches Problem.

Für eine kritisch-emanzipative Demokratiebildung im Sinne der Inclusive Citizenship Education ist es schließlich zentral, das zugrunde liegende Menschenbild und die Möglichkeiten der (Selbst-) Bildung in einer Demokratie in den Blick zu nehmen. Zusammenfassend können Demokratieverständnisse hierfür zwischen den zwei Endpunkten „elitär-demokratisch“ und „egalitär-demokratisch“ eingeordnet werden (Heidemeyer 2010: 230). Elitär-demokratische Vorstellungen gehen von einem negativ-egoistischen Menschenbild aus, in dem Bürger:innen auf eine „von oben“ gegebene Ordnung angewiesen sind. Hierarchien und formales Recht sind vermeintlich unabdingbar, da Bürger:innen vermeintlich unfähig sind, sich selbst zu organisieren und politische Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen müssten deshalb durch repräsentierende Eliten getroffen werden (Downs 1957; Schumpeter 1942). In dem Ansatz der Inclusive Citizenship Education hingegen folgen wir, verbunden mit der Idee von Demokratie als Gesellschaft- und Lebensform, einem emanzipativen und egalitär-demokratischen Ansatz. Dieser geht von einem positiven Menschenbild aus und legt die Überzeugung zugrunde, dass nichtegoistische Bürger:innen dazu fähig sind, sich

*Demokratie-
verständnis zwischen
elitär-demokratisch
und egalitär-
demokratisch*

gegenseitig zu ermächtigen und selbstorganisiert eine Demokratie auszuüben, d. h., dass Bürger:innen Politik eigenständig demokratisch gestalten können (Dewey 1916/1993; Barber 1994).

4. Inclusive Citizenship als Demokratiebildung: Wie Demokratie lernen, verstehen und leben?

Aufbauend auf diesem Demokratie- und Bildungsverständnis ist Inclusive Citizenship Education als Chance zu begreifen, Machtverhältnisse und Ausschlussmechanismen in einer Demokratie kritisch zu hinterfragen und zu einem inklusiven Verständnis und einer inkludierenden Praxis von Demokratie zu gelangen.

Dies darf jedoch nicht durch ein affirmatives Lernen erfolgen, in dem Bürger:innen bestehende Probleme nicht kritisch hinterfragen. Vielmehr geht es darum, Bürger:innen in ihrem politisch-demokratischen und auch widerständigen Selbstverständnis, Bewusstsein und ihrer Handlungsfähigkeit zu bilden und zu bestärken. Dafür reicht aber ein theoretisch-abstraktes Lernen und ein Lernen in den bestehenden Institutionen allein nicht aus. Denn demokratische Institutionen sollten aus der Perspektive der Inclusive Citizenship Education den Anspruch haben, sich selbst kritisch-reflektierend zu erneuern. Dies kann jedoch langfristig nur durch demokratische Impulse, die außerhalb dieser oftmals exkludierenden Ordnung und an der Mehrheitsgesellschaft orientierten Institutionen stattfinden, funktionieren. Um Veränderung herbeizuführen, muss Demokratiebildung im Sinne einer Inclusive Citizenship Education deshalb vor allem auch nonformal und informell stattfinden (Overwien 2013). Das heißt, sie muss im Alltag, im und durch den Alltagsverstand und Alltagspraxen erfolgen (Hammermeister 2023). Immerzu ausgehend vom konkreten Subjekt, seinen subjektiven, alltagsweltlichen Vorstellungen, Erfahrungen und Handlungsweisen (Lange 2008; Möller & Lange 2021) ist zu erarbeiten, wie das Selbstverständnis einer inkludierenden demokratischen Gesellschaft gebildet und in der Praxis erfahren, erlebt und erprobt werden kann.

*Demokratie-
bildung muss auch
nonformal und in-
formell stattfinden*

Wenngleich soziales Lernen und soziale Kompetenzen oftmals die Voraussetzung und der Ansatzpunkt für politisches Lernen bilden (Overwien 2013a), so ist es für die Inclusive Citizenship Education entscheidend, dass das Soziale und das Politische in der Demokratiebildung nicht einfach ineinanderfallen. Vielmehr sollte betont

werden, dass das Politische auch im Sozialen, in gesellschaftlichen und in vermeintlich „privaten“ Beziehungen und Lebensbereichen stattfindet, damit der demokratische Anspruch in sämtliche Bereiche der Gesellschaft und des Lebens gelangen kann.

5. Demokratie und Wirtschaft:

Was bedeutet Inclusive Citizenship in der Arbeitswelt?

Ein Ort, ja eine ganze Welt, in der dieser demokratische Anspruch oft kaum oder gar nicht eingehalten wird, ist die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Hier treten die kapitalistischen Gesetze der Ausbeutung, Konkurrenz und Exklusion (Superlützi & Meretz 2018) ganz besonders zutage und demokratische Verhältnisse erscheinen oft als unerreichbar. Während im globalen Kontext der Blick auf die Ausbeutung von Mensch und Natur durch die undemokratische, sogenannte imperiale Lebensweise der Menschen in den kapitalistischen Zentren des globalen Nordens in den Blick gerät (Brand & Wissen 2017), sind es im lokalen Kontext v. a. auch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und ausbeuterische Betriebsstrukturen.

In Bezug auf Menschen nicht mehrheitsgesellschaftlich gelesener Hautfarbe und Herkunft sprechen Eleonora Roldán Mendiola und Bafta Sarbo (2022) sogar von Überausbeutung, also einer Ausbeutung der Arbeitskraft, welche über die vermeintlich „normale“, undemokratische Aneignung von Mehrarbeit hinausgeht. Als Beispiel sei etwa an vermeintlich als „ausländisch“ gelesene und zumeist nicht cis-männliche Putzkräfte gedacht, die häufig nochmal weniger verdienen und schlechter abgesichert sind als ihre als „inländisch“ gelesenen Kolleg:innen. Undemokratische Verhältnisse zeigen sich abseits von klaren Ausbeutungsstrukturen aber bereits vielfach in ungerechtfertigt ungleichen Gehältern. Etwa die ungleiche Bezahlung von gleichwertiger Arbeit zwischen den Geschlechtern – der Gender Pay Gap – oder auch zwischen unterschiedlichen betrieblichen Positionen. Allzu oft werden darüber hinaus Ungleichheiten verschleiert. Dies zeigt sich etwa schon in der paradoxen Bezeichnung von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen, sind es doch eigentlich Arbeiter:innen und Angestellte, die ihre Arbeit geben, und die – zumeist cis-männlichen – Firmenchefs, welche die Arbeit (entgegen)nehmen. Die feministischen Ökonominnen Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen (1991) haben diese Verschleierung undemokratischer, ökonomischer Ungleichheitsverhältnisse nochmals gezielt auf den

Inclusive Citizenship in der Arbeitswelt: Erkennen von Überausbeutung und Machtverhältnissen

Punkt gebracht. Sie zeigen auf, dass große Teile von Wirtschaft und Arbeit, z. B. Hausarbeit und Subsistenzwirtschaft, nicht nur nicht bezahlt, sondern nicht einmal als wesentlicher Bestandteil davon gesehen bzw. anerkannt werden.

*(Um-)Verteilung
ökonomischer Res-
ourcen als Grund-
voraussetzung
für Teilhabe am
gesellschaftlich-
politischen Leben*

Aus der Perspektive der Inclusive Citizenship Education gilt es diese Ungleichheitsverhältnisse und Unsichtbarkeitsverhältnisse zu hinterfragen, ihre vermeintliche „Normalität“ aufzubrechen und Menschen darin zu bilden, andere, demokratischere Formen des Wirtschaftens einzufordern. Denn die Frage, wer Arbeit und Vermögen wirklich schafft und wessen Arbeit als zu entlohnende gilt, ist demokratiepolitisch zumindest genauso wichtig wie die Frage, wer politische Teilhaberechte hat und bei Wahlen mitbestimmen darf. Schließlich ist die Teilhabe an ökonomischen Ressourcen – und vor allem an der Entscheidung über ihre Verteilung – fast immer die Grundvoraussetzung dafür, am gesellschaftlich-politischen Leben teilzuhaben, seine Interessen angemessen zu vertreten und sich politisch-demo-kratisch in die Gesellschaft einbringen zu können (Demirovic 2018).

*„Riders“ vs.
„Gorillas“ als Bei-
spiel der Perspek-
tive der Inclusive
Citizenship*

Ein praktisches Beispiel, an dem sich die Perspektive der Inclusive Citizenship Education in der Arbeitswelt gut aufzeigen lässt, wurde erst kürzlich von Kleinschmidt und Lange (2023) entlang der Arbeit von Ewen et al. (2022) herausgearbeitet. Darin wird das „Gorillas Workers Collective“ (Gorillas Workers Collective 2022), ein Zusammenschluss von Arbeiter:innen eines Berliner Lieferdienstes, hinsichtlich seines Bruchs mit der bestehenden sozialpartnerschaftlichen Ordnung analysiert und diskutiert. Zentrales Moment sind insbesondere die wilden Streiks des Kollektivs, die in der sozialpartnerschaftlichen Ordnung unrechtmäßig einzustufen sind, doch aus Perspektive der „Rider“, d. h. Lieferant:innen, unabdingbar waren, um ihre Rechte gegenüber dem Unternehmen „Gorillas“ einzufordern, da es arbeitsrechtliche Standards und eine gewerkschaftliche Organisation zu untergeben versuchte. Durch seine Selbstorganisation und das Organizing an der Basis mit wilden Streiks stellte das Kollektiv somit die bestehende sozialpartnerschaftliche Ordnung infrage, vor allem aber brachen die Subjekte auf höchst politische Art und Weise mit der unrechtmäßigen Behandlung durch das Unternehmen. Außerhalb der bestehenden Ordnung traten sie für ihre Citizenship ein und stellten somit überhaupt erst ihre politisch-rechtliche Handlungsfähigkeit her. Das Unternehmen „Gorillas“ wiederum berief sich aber gerade auf die sozialpartnerschaftliche Ordnung, auf die Illegalität der wilden Streiks, um

Massenkündigungen gegen unliebsame Mitarbeiter:innen vorzunehmen. Zusätzlich strukturierte sich das Unternehmen in viele Subunternehmen, sodass die Arbeiter:innenorganisation nach rechtlich-sozialpartnerschaftlicher Logik nochmals erschwert wurde. Nach Ewen et al. schienen zudem auch den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften die Rider mit ihren unterschiedlichen Herkünften und Sprachbarrieren als „schwer zu organisieren“ (2022: 19). Aus Sicht der Inclusive Citizenship Education sind hierbei vor allem drei Punkte zu hinterfragen und zu diskutieren: 1) Inwiefern werden hier migrantisierte Subjekte als schwer organisierbar und unpolitisch, also als das „Problem“ angesehen und nicht die ausschließenden, unternehmerischen bzw. auch gewerkschaftlichen Strukturen? 2) Welche Ideale von aktiver Bürger:innenschaft werden, auch in der wirtschaftlichen Sphäre, gefordert und gefördert? Sind es nur die gut situierten und organisierten Gewerkschafter:innen und Betriebsrät:innen oder sind es auch jene prekarierten Arbeiter:innen, die, wie Klaus Dörre (2016) es beschreibt, in einer Welt außerhalb sozialpartnerschaftlicher Standards und voller Überausbeutung auf dem Feld des Politischen für ihre Rechte kämpfen? 3) Wie müsste das Unternehmen strukturiert sein, um wirklich demokratisch zu sein, also Teilhabe von unten und für alle gleichermaßen zu ermöglichen?

6. Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft:

Welche Chancen für eine Inclusive Citizenship Education?

Grundlage einer Inclusive Citizenship Education ist es, kritisch zu hinterfragen, wo und wann Ausschlussmechanismen wie etwa Klassismus, Rassismus und Sexismus von einer vermeintlichen „Mehrheit“ zur vermeintlichen „Normalität“ erhoben oder als naturgegeben postuliert werden. Es gilt, immerzu jene Machtverhältnisse, Prozesse und Strukturen in den Blick zu nehmen, die Ausschlüsse und Nichtzugehörigkeit herstellen oder aufrechterhalten, und im Gegensatz Ansätze der Zugehörigkeit und Solidarität zu bilden. Vor allem weil diese Mechanismen im Alltag der Menschen angesiedelt sind und eine Inclusive Citizenship Education genau dort nicht nur in der Theorie, sondern vor allem auch praktisch ansetzt, birgt sie Potenziale für eine Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft. Gut durchdacht, schafft es eine Inclusive Citizenship Education, trennende, ausschließende und Konkurrenz erzeugende Mechanismen im Alltag zu überwinden und den Fokus auf strukturelle Probleme und die Notwendigkeit von Inklusion und gleichberechtigter Teilhabe

*Fokus auf
Inklusion und die
gleichberechtigte
Teilhabe für alle
lenken*

für alle zu lenken. In der gegenwärtigen Migrationsgesellschaft liefert sie etwa die Möglichkeit aufzuzeigen, dass es nicht auf den Staatsbürger:innenschaftsnachweis ankommt, wenn es darum geht, wer politische Mitspracherechte haben sollte. Dies wird zentral, wenn es beispielsweise in Wien darum geht, Menschen trotz fehlender Wahlberechtigung zu politischer Mitbestimmung zu ermutigen. Rund ein Drittel der Wiener:innen im wahlberechtigten Alter war aufgrund der Staatsbürger:innenschaft nicht wahlberechtigt, zugleich wohnte jede zweite Person von diesen seit über zehn Jahren in der Stadt (wien.ORF.at 2022). Auch, dass es nicht „den normalen Bürger“ gibt, der in den meisten Fällen als gut situiert, cis-männlich, heterosexuell und weiß imaginiert wird, bekommt hier eine besonders wichtige Bedeutung. Umfasst doch die Realität der tatsächlichen lernenden Bürger:innen eine weit größere Vielfalt in Bezug auf deren sozio-ökonomische Situation, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe und viele andere Merkmale, die zugleich Anknüpfungspunkte für eine Inclusive Citizenship Education sind.

Die Anschlussfähigkeit an die Lebensrealität der Menschen ist somit eine Grundvoraussetzung und bietet zugleich die Chance für vielfältige Interventionen und einen Fokus auf die Selbstermächtigung der lernenden Subjekte über den eingeschränkten Rahmen der liberalen Demokratie, ihrer „hohen“ bzw. „abgehobenen“ Politik und des klassischen Verständnisses von „Bürger“ hinaus. In der Inclusive Citizenship Education rücken die emanzipativ gedachten Konzepte von Demokratie als Gesellschaftsform und Lebensform in den Mittelpunkt. Gerade auch in Zeiten dauerhafter, multipler Krisen (Brand 2009) bietet der Ansatz die Chance aufzuzeigen, dass Demokratie und Partizipation auch aus inkludierender (Alltags-)Solidarität mit Mitmenschen oder solidarischer Selbstorganisation am Arbeitsplatz besteht (Kierot et al. 2023). Zusätzlich wird somit der Raum des vermeintlich Privaten und Sozialen politisch geöffnet und Forderungen in diesem Bereich werden als gesellschaftspolitische und demokratische Teilhabe verstanden. Nur so können auch die demokratischen Institutionen kritisch reflektiert und entwickelt werden, finden doch demokratische Impulse zumeist gerade außerhalb der exkludierenden Ordnung statt.

*Demokratie als
Lebensform
gelebter Solidarität*

In Hinblick auf eine Demokratisierung wirtschaftlicher Strukturen liegt das Potenzial der Citizenship Education darin, den Blick auf die Teilhabe an wirtschaftlichen bzw. betrieblichen und politökonomischen

Entscheidungsprozessen zu legen. Das Beispiel des Gorillas Collective (Ewen et al. 2022; Frank 2022) etwa zeigt auf, dass es darum gehen muss, dass das Politische bzw. Demokratische wieder die Grundlage wirtschaftlicher bzw. betrieblicher Entscheidungen bildet und damit auch über die „klassischen“ sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsrechte der Arbeiter:innen hinausgehen muss. Alex Demirovic schreibt hierzu einleitend zu dem von ihm herausgegebenen Band *Wirtschaftsdemokratie neu denken* (2018):

„Zu Recht wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Formen der Mitbestimmung (z. B. Betriebsräte, Kollektivverträge, Anm. d. Autoren) allenfalls in Ansätzen als Wirtschaftsdemokratie verstanden werden können. Denn die Mitspracherechte waren den Betriebsräten und den von den Belegschaften gewählten Vertretern in den Aufsichtsräten vorbehalten, zu einer stimmengleichen Abstimmung über Unternehmensentscheidungen ist es nicht gekommen. Soweit doch von Demokratie gesprochen werden kann, handelt es sich eher um eine Demokratie für als eine Demokratie durch die Lohnabhängigen.“

Aus der Perspektive der Inclusive Citizenship Education geht es also auch in der Wirtschaft darum, bestehende Ungleichheitsverhältnisse zu hinterfragen, ihre vermeintliche „Normalität“ aufzubrechen und Menschen darin zu bilden, andere, demokratischere Formen des Wirtschaftens, wie beispielsweise Formen der Vergesellschaftung, einzufordern. Demokratisches Wirtschaften basiert auf Inklusion und Mitbestimmung im Alltag des Betriebs und auch in der langfristigen und strategischen Ausrichtung, Aufteilung und Verteilung von Arbeit und Ressourcen. Gerade auch in der Wirtschaft legt Inclusive Citizenship Education deshalb den Fokus auf inklusive Praxen und Formen des Wirtschaftens. Wiederum im Beispiel des Unternehmens der „Gorillas“ gilt es deshalb, nicht die migrantisierten und prekarierten Arbeitskräfte als das Problem in den Blick zu nehmen, sondern vielmehr die ausgrenzenden und Mitbestimmung bzw. gewerkschaftliche Organisation verunmöglichenden Strukturen des Betriebs.

Ausgrenzende und Mitbestimmung verunmöglichende Strukturen in den Blick nehmen

Inclusive Citizenship Education bietet vielfältige Chancen für die Demokratiebildung von und in Wirtschaft und Gesellschaft. Anknüpfend an die Alltagsrealität der Menschen schafft sie Raum für die kritische Hinterfragung der „Normalität“ und schärft den Blick für politische Selbstbildungen von unten, die neue Felder der Demokratisierung eröffnen.

Literaturverzeichnis:

- » Arendt, Hannah (2003): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. 9. Aufl., Piper Taschenbuch.
- » Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*; Berkely/L.A., London: University of California Press.
- » Brand, Ulrich (2009): *Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*.
- » Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- » Brown, Wendy (2012): *Wir sind jetzt alle Demokraten*, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Žižek, Slavoj / Rancière, Jacques / Bensaid, Daniel / Ross, Kristin (Hrsg.): *Demokratie? Eine Debatte*. Berlin: Suhrkamp, S. 55–72.
- » Brown, Wendy (2015): *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. Cambridge: MIT Press.
- » Buchstein, Hubertus (2011): *Demokratie*; in: Göhler, Gerhard / Iser, Mattias / Kerner, Ina: (Hrsg): *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, S. 46–63.
- » Buchstein, Hubertus (2016): *Typen moderner Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.
- » Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- » Crouch, Colin (2013): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II*. Berlin: Suhrkamp.
- » Crouch, Colin (2015): *Die bezifferte Welt: wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht: Postdemokratie III*. Berlin: Suhrkamp.
- » Demirovic, Alex (2018): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Westfälisches Dampfboot.
- » Dewey, John (1916/1993): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Hrsg. v. Jürgen Ölkens; übers. v. Erich Hylla. 3. Aufl., Basel, Weinheim: Beltz.
- » Doppelbauer, Tobias / Lange, Dirk (2021): *Demokratie im Alltag. Zum Bürger*innenbewusstsein Wiener Jugendlicher*. Wiesbaden: Springer VS.
- » Dörre, Klaus (2016): *Die neue Konfliktformation. Klassen-Kämpfe in fragmentierten Arbeitsbeziehungen*, in: *Industrielle Beziehungen*, 23/3, S. 348–365.
- » Ewen, Janis / Heiland, Heiner / Seeliger, Martin (2022): *Dynamiken autonomer Arbeitskonflikte im digitalen Kapitalismus. Der Fall „Gorillas“*. Schriftenreihe vom Institut Arbeit und Wirtschaft, Nr. 33. Bremen: Arbeitnehmerkammer.
- » Frank, Marie (2022): *Ausbeutung wird mitgeliefert. Arbeitskampf bei Lieferdiensten*, in: *taz*, 18.05.2022.
- » Gorillas Workers Collective (2022): *„The political space we created served as a place of resistance“*. Interview with Camilo, a former Gorillas rider about organising workers in the fast food sector. <https://www.theleftberlin.com/gorillas-workers-collective-the-political-space-we-created-served-as-a-place-of-resistance/>.

- » Hammermeister, Juliane (2023): *Sinnbilder des Alltagsverstandes. Zur Bedeutung von Sinnbildungsprozessen in der institutionell gebundenen politischen Bildung*. Wiesbaden: Springer VS.
- » Heidemeyer, Sven (2011): *Demokratievorstellungen von Jugendlichen*, in: Lange, Dirk / Fischer, Sebastian (Hrsg.): *Politik und Wirtschaft im Bürgerbewusstsein. Untersuchungen zu den fachlichen Konzepten von Schülerinnen und Schülern in der Politischen Bildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 266–273.
- » Himmelmann, Gerhard (2001): *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- » Himmelmann, Gerhard (2004): *Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu?*, in: Edelstein, Wolfgang / Fauser, Peter (Hrsg.): *Beiträge zur Demokratiepädagogik*. Berlin: BLK, S. 1–23.
- » Himmelmann, Gerhard (2007): *Demokratie-Lernen – Eine Aufgabe moderner Schulen*, in: LISUM / Hofmann, Jan (Hrsg.): *Ein Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik. Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule*. o.O., S. 18–31.
- » Isin, Engin (2009): *Citizenship in flux: The figure of the activist citizen*, in: *Subjectivity* 29, S. 367–388.
- » Isin, Engin (2021): *Bedeutungen von Citizenship. Polis*, in: *Report der deutschen Vereinigung für politische Bildung* 1, S. 7–10.
- » Isin, Engin / Nielsen, Greg (2008): *Introduction*, in: Isin, Engin / Nielsen, Greg (Hrsg.): *Acts of Citizenship*. London, New York: Zed Books, S. 1–13.
- » Kierot, Lara / Brand, Ulrich / Lange, Dirk (2023): *Solidarität in Zeiten multipler Krisen. Imperiale Lebensweise und Politische Bildung*. Wiesbaden: Springer VS.
- » Kleinschmidt, Malte / Lange, Dirk (2023): *Wie das Politische die sozialpartnerschaftliche Ordnung unterbricht. Zur Inclusive Citizenship Education des Gorillas Workers Collective*, in: Baader, Meike / Freytag, Tatjana / Kempa, Karolina (Hrsg.): *Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden; Springer VS, S. 263–277.
- » Kleinschmidt, Malte / Lange, Dirk (2017): *Inclusive Citizenship. Exklusion und Praxen inklusiver Bürgerschaft als Ausgangspunkt einer emanzipatorischen politischen Bildung*, in: Greco Sarah / Lange, Dirk (Hrsg.): *Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 96–107.
- » Kleinschmidt, Malte / Lange, Dirk (2021): *Inclusive Citizenship als Bildungspraxis – provisorische Leitlinien. Polis*, in: *Report der deutschen Vereinigung für politische Bildung*, 1, S. 22–24.
- » Kleinschmidt, Malte / Lange, Dirk (2022): *Performativität, Acts und Alltag in der Migrationsgesellschaft. Gedanken zu Inclusive Citizenship Education*, in: Reitmair-Juárez, Susanne / Lange, Dirk (Hrsg.): *Das Politische in der Demokratiebildung. Zu Partizipation und Handlungsräumen mündiger Bürger*innen*. Frankfurt a. M.: Wochenschau, S. 43–60.
- » Lange, Dirk (2008): *Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP)* 3, S. 431–439.
- » Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz*. Berlin: Suhrkamp.

- » Mies, Maria / Bennholdt-Thomsen, Veronika (1991): *The Subsistence Perspective. Beyond the Globalised Economy*.
- » Möller, Lara / Lange, Dirk (2023): *Das Digitale und das Politische. Alltags- und subjektorientierte Zugänge der Politischen Bildung*, in: Möller, Lara / Lange, Dirk (Hrsg.): *Augmented Democracy in der Politischen Bildung: Neue Herausforderungen der Digitalisierung*. Wiesbaden: Springer VS (Citizenship – Studien zur politischen Bildung), S. 101–110.
- » O'Neill, Daniel / Fanning, Andrew / Lamb, William / Steinberger, Julia (2018): 'A Good Life for All within Planetary Boundaries', in: *Nature Sustainability* 1/2, S. 88–95.
- » Overwien, Bernd (2013): *Bildung und ihre Bereiche: Formales – non-formales – informelles Lernen*, in: Hufer, Klaus-Peter / Länge, Theo W. / Menke, Barbara / Overwien, Bernd / Schudoma, Laura (Hrsg.): *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung*. Schwalbach/Ts.
- » Overwien, Bernd (2013a): „Wir wollen zur Qualitätssicherung in der politischen Bildung beitragen.“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Peter Hufer und Prof. Dr. Bernd Overwien, in: *Bundesausschuss politische Bildung. Newsletter 2/2013*, [online] http://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2013/11/bap_Newsletter-2_2013.pdf [abgerufen am 10.05.2016].
- » Roldán Mendivil, Eleonora / Sarbo, Bafta (2022): *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*. Berlin: Dietz.
- » Schumpeter, Joseph (1942): *Capitalism, Socialism, Democracy*. New York: Harper.
- » Suterlütli, Simon / Meretz, Stefan (2018): *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*. Hamburg: VSA Verlag.
- » wien.ORF.at (2022): *Politik. Wo nur die Hälfte wählen darf*, in: wien.ORF.at, 16.08.2022, [online] <https://wien.orf.at/stories/3169310/> [abgerufen am 03.05.2024].